

5 Inhaltsverzeichnis

	Flüchtlingspolitik	1
	Aktuelle Situation	1
	Gefahr für Europäische Einigung	3
	Andrang an Grenzen gerade jetzt	3
10	Solidarität in Europa	4
	Überforderung Deutschlands?	5
	Aufgabe nicht klein reden	5
	Einwanderung wegen Arbeit, Demographischen Wandel oder als Flüchtling	6
15	Erstaufnahme der Flüchtlinge	8
	Fluchtgründe beseitigen?	8
	Öffentliche Wahrnehmung des Problems beeinflussen, Katastrophenstimmung abschwächen, Finanzverteilung	13
	Integration	13
20	Unterbringung, Wohnungen.....	13
	Parallelgesellschaften.....	15
	Gefahr der Desintegration eher bei Alteingesessenen	15
	Sicherheit	15
	Quellen des Widerstandes austrocknen	16
25	Wohnungsneubau für Flüchtling?.....	16
	Freie Altbauwohnungen unzumutbar?.....	17
	Integration durch Arbeit?	17
	Ausbildung	18
	Willkommenskultur	18

Flüchtlingspolitik

Aktuelle Situation

Wie soll man das gegenwärtige Geschehen des Zuges von Flüchtlingen über die europäischen Südgrenzen überwiegend nach Mittel- und Nordeuropa nennen? Jede Bezeichnung enthält schon eine Wertung. Flüchtlingszug halte ich einstweilen für den neutralsten Begriff. Die Größenordnung der Wanderungsbewegung ist insgesamt nicht so ungewöhnlich hoch. Aber der Inhalt und die Form dieses Flüchtlingszuges über das Mittelmeer und durch den Kontinent, der entsprechende Bilder erlaubt, erinnert zumindest in Deutschland, Österreich, Schweden und einigen Durchgangsländern wie Ungarn an die Ereignisse um die Wendejahre 1989 bis 1995 und den Balkankrieg. In Westdeutschland kamen ja damals

„Flüchtlingszug“ neutralste Bezeichnung des Geschehens

5 nicht nur Ostdeutsche, sondern auch Kriegsflüchtlinge aus den Balkankriegen als auch Spätaussiedler aus den osteuropäischen Ländern an und mussten untergebracht und versorgt werden. Das war schwierig, führte zu unschönen Hilfskonstruktionen z.B. Unterbringung in noch nicht abgerissenen Bunkern usw. Es stand damals
10 auch nicht zur Debatte, die Ankommenden zurückzuschicken. Dennoch ist klar, völlig offene Grenzen für alle kann es nicht geben. Es ist unbestreitbar, dass in Deutschland nicht die Probleme der Welt gelöst werden können. Aber die genannte Zahl von 800.000 Ankommenden ist ja eine Bruttozahl. Sie nennt nicht die der hier zusätzlich Verbleibenden. Schon die Zahl derjenigen, die tatsächlich
15 dann einen Asylantrag stellen, ist sehr viel kleiner. Und es werden ja auch kontinuierlich Angekommene wieder zur Ausreise bewegt oder abgeschoben. Nein, im Saldo verbleiben sehr viel weniger Menschen in Deutschland unter dem Begriff Flüchtlinge.

20 Merkel hat recht: Die Flüchtlinge können nicht aufgehalten werden. Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl sind keine Option und wären nicht einmal wirksam: Das Mittelmeer ist der breiteste Burggraben, der Europa schützt, und trotzdem werfen sich Tausende todesmutig
25 hinein, um an das scheinbar rettende Ufer zu kommen. Die spanischen Enklaven in Marokko, Ceuta und Melilla, sind mit Mauer, Stacheldraht und Polizei abgeschottet, und dennoch gibt es immer wieder Massenanstürme von Flüchtlingen mit vielen Verletzten. Der Beschluss der Bundesregierung, Grenzkontrollen wieder einzuführen vom 13.9.2015 ändert an dieser Sachlage nichts Prinzipielles.
30 Vielleicht gelingt es dadurch, die großen Zahlen von Kommenden zu kanalisieren. Aber zu stoppen sind sie kaum, solange die Ursachen wirken. Dennoch gibt es wirksame Mittel der Steuerung: Die Versorgung und die Abschiebung. Zwar soll hier niemand verhungern. Wer aber nach einem rechtsstaatlichen Verfahren zur Ausreise verpflichtet ist, der erhält auch keine öffentliche Unterstützung
35 mehr, also weder Unterkunft noch Versorgung mit dem Lebensnotwendigen¹ bzw. wird abgeschoben. Auch die Binnensteuerung und Verteilung geschieht über diese Regeln: Unterkunft und Verpflegung bekommen die Berechtigten nur an den ihnen zugewiesenen
40 Orten.

Kriegsflüchtlinge und Verfolgte sollen auch nicht prinzipiell abgeschreckt werden, denn Europa als Sehnsuchtsort von Menschenrechten, Rechtsstaat, Demokratie und Sozialstaat soll ja für die
45 Einwohner erhalten bleiben – auch als ständige Mahnung an die Welt, dass es möglich ist, so gut unter Freien und Gleichen zu leben.

Merkel hat auch recht, dass es für politische Flüchtlinge keine Obergrenze geben und Deutschland im Prinzip die Aufgabe, den Flüchtlingen zu helfen, bewältigen kann.

50 Orban und Seehofer u.a. haben auch recht: Deutschland hat sich nicht an das Recht z.B. des Dublin Abkommens gehalten, das alle Flüchtlinge zunächst im Lande, in dem sie die EU betreten, registriert werden sollen. Deutschland hat die nach Schweden weiter Wandernden ja auch nicht registriert, und wäre dann für deren
55 Unterbringung, Versorgung und Registrierung verantwortlich. Orban

Merkel hat recht

Orban und Seehofer u.a. haben auch recht

¹ Zwar ist es denkbar, dass Privatleute oder zivile Organisationen das im Einzelfall übernehmen (z.B. Kirchenasyl oder durch Verstecken in privaten Wohnungen). Dann übernehmen sie aber auch alle Risiken, einschließlich der ärztlichen Behandlung bei Krankheiten. Das ist für nur wenige individuell zu stemmen. Für diese dann illegal werdenden Flüchtlinge gibt es dann auch keinen legalen Zugang zum Arbeitsmarkt oder zu Ausbildungsstätten. Sie geraten in völlige Abhängigkeit vom guten oder schlechten Willen ihrer „Beschützer“. Im schlechten Fall sind die dann ausgebeutete Arbeitsklaven oder Zwangsprostituierte.

5 hat versucht, die Flüchtlinge zu registrieren – dabei aber die Mindeststandards von menschenwürdiger Behandlung in seinem Land nicht durchgesetzt. Deswegen war die Freigabe zu deren Aufnahme durch die Bundesregierung richtig. Sie fiel dem Orban-Regime aber damit so in den Rücken, dass Orban mit einigem Recht sagen
10 konnte, das sei nun ein deutsches Problem. Die inzwischen weit verbreitete Schelte, die Bundesregierung habe die Welt eingeladen, nach Deutschland zu kommen, stimmt nicht. Auch Merkel hat immer darauf hingewiesen, dass nach den Asylgesetzen entschieden und entsprechend auch ausgewiesen und abgeschoben werde.

15 Und richtig ist auch, dass der Zug der Flüchtlinge außer Kontrolle geraten ist. Niemand weiß, wer da als Flüchtling durch Europa zieht. Ein Arabisch-Deutscher Dolmetscher erzählte im Deutschlandfunk², dass er die verschiedenen arabischen Dialekte kenne. Er habe Ägypter, Marokkaner und Flüchtlinge aus anderen arabischen
20 Ländern an ihrer Sprache erkannt. Sie fragten Syrer³ nach deren Fluchtgründen und Fluchtgeschichten gezielt aus, um sie selbst auch vorbringen zu können. Ausweisdokumente hätten ja viele verloren. ... Selbst wenn das nur selten vorkommt oder erfunden sein sollte, auszuschließen ist es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht. Ob die neu beschlossenen vorläufigen Grenzkontrollen
25 an offiziellen Übergangspunkten den illegalen Übertritt an anderer Stelle behindern können, bleibt fraglich. Wenn die Grenzübertritte dann an der „Grünen Grenze“ irgendwo erfolgen, dann sind sie noch schwerer zu kontrollieren. In Ungarn hat es ja einstweilen
30 auch ein über 100 km langer Stacheldrahtzaun nicht geschafft, den Zug der Flüchtlinge zu stoppen. Und wenn die Flüchtlinge dort nicht durchkommen, dann eben wo anders.

Zug der Flüchtling außer Kontrolle geraten

Gefahr für Europäische Einigung

35 Europa kann nicht überall wieder Stacheldrahtzäune hochziehen und sie verteidigen gegen solche, die sie durchschneiden wollen. Überall Melilla und Ceuta geht nicht. Überall zwischen den europäischen Staaten auf Dauer wieder Grenzkontrollen einzuführen, würde eine der wesentlichsten Errungenschaften für die Bürger Europas, die Freizügigkeit, zunichtemachen. Damit bräche auch ein wesentlicher Eckpfeiler der europäischen Verträge, das Schengen Abkommen, aus dem Gebäude des Europäischen Hauses heraus. Und
40 zusammen mit den enormen Beschlüssen des Rates und anderer Gremien der EU zur Rettung der Banken, würde sich der Eindruck verfestigen, dass Europa nur eines der Reichen und ihrer Kapitalien sei.

Einigung Europas ist gefährdet, wenn die Freizügigkeit beendet wird

Andrang an Grenzen gerade jetzt

Warum kommen jetzt so viele Flüchtlinge? Der Krieg in Syrien hat ja nicht gerade erst begonnen. Dabei hat Orban auch recht, wenn er sagt, dass die meisten syrischen Flüchtlinge jetzt nicht direkt
50 aus dem Bürgerkriegsgebiet kämen, sondern aus Flüchtlingslagern in an Syrien angrenzenden Ländern, wo ihr Leben nicht mehr bedroht gewesen sei. Sie suchten mit ihrer neuen Flucht nach besseren Lebensverhältnissen als in den Lagern. Es wird drei Gründe haben:

Europa als Perspektive und Sehnsuchtsort für perspektivlose Syrer, Eritreer ...

55 1. Nachdem der IS solche Geländegewinne gemacht hat, verflüchtigt sich für viele Syrer die Perspektive, in absehbarer Zeit in ihr

² Am 12.9.2015 in Informationen am Morgen

³ Syrien und Syrer stehen hier stellvertretend für alle Flüchtlinge, die aus anerkehbaren Gründen Asyl suchen, bzw. aus anderen Bürgerkriegsgebieten wie Irak, Afghanistan oder Südsudan, oder vor Menschenrechtsverletzungen in ihren Heimatländern fliehen, wie z.B. aus Eritrea.

5 Land wieder zurück zu kehren. Jetzt müssen sie anderswo ihr Leben planen.

2. Da die Türkei militärisch einerseits gegen die Kurden kämpft und im Nordsyrien eine Zone besetzen will, die einerseits Kurdenfrei ist und in der andererseits Lager für geflüchtete Syrer errichtet werden sollen, wo sie mehr oder weniger gefangen gehalten würden, fliehen die schon geflohenen Syrer vor dieser neuen Gefahr, erneut Spielball im Bürgerkrieg zu werden.

10
15
20 3. Die Flüchtlingshilfsorganisation UNHCR soll inzwischen so wenig finanzielle Mittel haben, dass sie das Mindestmaß an lebenserhaltenden Unterstützungen in den Flüchtlingslagern im Libanon und Jordanien nicht mehr leisten kann. Schulunterricht für die Kinder könne z.T. nicht mehr erteilt werden. Den Eltern wird klar, dass ihnen droht, dass ihre Kinder eine Schicht von ungebildeten Heloten werden, wenn sie nichts lernen und die Eltern nicht vorsorgen können. Europa scheint eine Hoffnung auf ein friedliches und freies Leben auch mit einer Zukunft für ihre Kinder zu sein.

25 Dass die meisten Syrer nach Deutschland und Schweden wollen, liegt auch daran, dass dort in vielen Fällen schon Verwandte und Bekannte untergekommen sind. Und es ist eine Erfahrung, dass Auswanderer sich dorthin orientieren, wo schon Landsleute, Glaubensgenossen oder andere sind, die bei der Einbürgerung in die neue Umgebung aus Erfahrung helfen können.

Schwerpunkt Deutschland und Schweden, weil es dort schon Landsleute gibt.

Solidarität in Europa

30 Deutschland und Österreich u.a. fordern jetzt in dem Zusammenhang europäische Solidarität und Zwangsverteilung der Flüchtlinge auf die europäischen Länder. Zunächst darf man daran erinnern, dass Deutschland vor zwei Jahren, als so viele Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Italien kamen, sich geweigert hat, die Flüchtlinge Italien abzunehmen – trotz der dramatischen Lage und schrecklichen Ereignisse, die mit den vielen ertrunkenen Flüchtlingen vor Lampedusa in Erinnerung sind. Dadurch hat Italien in den vergangenen zehn Jahren mit 3,8 Millionen Zuzugsüberschuss (also Einwanderung abzüglich der Ab- und Auswanderung) mehr als doppelt so viele Ausländer aufgenommen als Deutschland in dem selben Zeitraum mit 1,7 Millionen. Selbst in der Wirtschaftskrise in Italien mit stark steigender Arbeitslosigkeit nimmt Italien relativ zu seiner Bevölkerung noch mehr Flüchtlinge auf als Deutschland. Auch Spanien, das seit der Wirtschaftskrise der vergangen vier Jahre Abwanderungsüberschüsse aufweist, hat trotzdem in den 45 zehn Jahren 3,6 Millionen mehr Auslandszu- als Abwanderung zu verzeichnen. Da kann man sich vorstellen, was in den sechs Jahren davor dort los war. Deutschland hat trotz der Hilferufe dieser Länder immer auf das Dublin Abkommen verwiesen, nach dem in den Ländern, in denen die Flüchtlinge europäischen Boden betreten, auch die Registrierung und das Asylverfahren durchgeführt werden müssten. Da war nichts oder kaum etwas mit europäischer Solidarität von Seiten Deutschlands. Sogar das italienische Rettungsprogramm „Mare Nostrum“ war Europa zu teuer und hat es auf das Abwehrprogramm „Triton“ mit einem Drittel Budget eingedampft. 50
55 Wenn jetzt deutsche Politiker ständig mit großem moralischem Tremolo in der Stimme europäische Solidarität fordern, hat das auch etwas Heuchlerisches.

**Europäische Solidarität?
Hat Deutschland 2013 bei der Verweigerung der Solidarität gegenüber Italien seinen Anspruch darauf verwirkt?**

5 Überforderung Deutschlands?

Überfordern die Zahlen der Zuziehenden insgesamt Deutschland und Europa?

Jeder, der sich für das Thema interessiert, hat schon gehört, dass an Syrien angrenzenden Staaten wie Libanon, Jordanien und die Türkei absolut und erst recht relativ zu ihrer Bevölkerung sehr viel mehr Flüchtlinge aufgenommen haben als Schweden, Italien, Spanien, England, Deutschland und erst recht Europa. Auch wenn man nicht nur die Flüchtlinge aus Syrien sondern alle Wanderungen über die Grenze einbezieht, so waren die Salden der registrierten Zuwanderung (Abzüglich der Abwanderungen) in den vergangenen zehn Jahren laut EU Statistik wie schon erwähnt in Ländern wie Italien, Spanien und England mit seinen 2,2 Millionen Zuwanderern absolut sehr viel höher als in Deutschland und relativ auch in Schweden deutliche höher. Schweden, mit nicht einmal zehn Millionen Einwohnern, hat ca. 550.000 Auslandszuwanderer aufgenommen (entspricht 5,5% der Bevölkerung) aber Deutschland hat nur 1,7 Millionen Zuwanderungsüberschüsse (entspricht 2% der Bevölkerung). Dabei haben gerade Großbritannien und Schweden noch eine natürlich wachsende Bevölkerung, weil mehr Kinder geboren werden als Menschen dort sterben – was bekanntlich in Deutschland umgekehrt ist. Also in Deutschland werden aus der natürlichen Entwicklung im Saldo permanent Wohnungen frei.

In den 1990er Jahren stellten in Deutschland sehr viel mehr Menschen Asylantrag als heute⁴. Auch im Jahr 1992 wuchs die Bevölkerung in Deutschland z.B. um 700.000 Einwohner. Das war sicherlich eine schwer zu bewältigende Aufgabe. Es wurde damals auch von der „Russenmafia“ und der Verwahrlosung von Stadtvierteln mit vielen aus Russland Zugezogenen viel geredet. Heute, 20 Jahre danach, wird darüber kaum noch gesprochen. Es scheint also weitgehend gelungen zu sein, diese Einwanderung zu integrieren. Wenn „Flüchtlingsflut“ oder andere dramatisierende Begriffe verwendet und dazu Bilder von Menschenansammlungen gezeigt werden, dann wird eine Entwicklung dramatisiert, die in ihrer Größenordnung insgesamt nicht so völlig ungewöhnlich ist und beherrschbar sein müsste. Merkel hat auch insofern recht, das müsste zu schaffen sein.

Aufgabe nicht klein reden

Aber es ist eine Aufgabe, an der viele positiv mitwirken müssen, damit sie gelingt. Sie ist nicht nur durch Optimismus zu bewältigen, sondern es wird richtig aufwändig an Einsatz von Personal und materiellen Mitteln, kurz es wird teuer. Der Versuch, der Öffentlichkeit weiß zu machen, wegen eines Fachkräftemangels und des demographischen Wandels würden die Flüchtlinge hier bald Arbeit finden und über Steuer- und Abgabenzahlung schnell einen positiven Beitrag zu den öffentlichen Finanzen beisteuern, ist eine typische „Lüge“⁵ á la „Blühende Landschaften“. Es werden Erwartungen geweckt, die nicht erfüllt werden können und die in Beziehung zur Aufnahme von Flüchtlingen auch ganz sachfremd und unberechtigt sind. Flüchtlinge kosten.

Überforderung Deutschlands?

Andere Länder haben absolut und relativ schon sehr viel mehr bewältigt.

Flüchtlinge kosten und sind kein finanzieller Gewinn für die öffentlichen Haushalte. Eine solche Erwartung ist auch nicht Grund, sie zu retten.

⁴ Siehe http://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/themen/f/fluechtlinge_nrw/bamf_zahlen.pdf Seite 3

⁵ Natürlich war das damals auch keine „Lüge“ in dem Sinne einer wider besseres Wissen gemachten Tatsachenbehauptung. Eine Prognose ist nie eine Tatsache für den prognostizierten Zustand. „Blühende Landschaften“ ist auch kein so definierter Begriff, dass man ihn nicht beliebig interpretieren kann. Insofern kann man mit dem Begriff als Prognose gar nicht in klassischem Sinne lügen. Aber dieser im Wahlkampf gemachte Aussage weckte doch Erwartungshaltungen bei den Wählern und sollte sie auch wecken, die bei einer sachlichen Betrachtung der Lage unberechtigt war.

5 Einwanderung wegen Arbeit, Demographischen Wandel oder als Flüchtling

Man nimmt Flüchtlinge auf, weil sie Menschenrechte reklamieren, die ihnen in ihrem Herkunftsgebiet verweigert werden. In dem Zusammenhang: Auch gerettete Schiffbrüchige werden nicht deswegen an Bord genommen, weil vielleicht ein Matrose oder Maschinist fehlt – oder gar ab dem Jahr 2020 fehlen könnte. Nein: Jedes Schiff rettet Schiffbrüchige, koste es was es wolle, aus humanitären Gründen. Will man diese Handlungen unbedingt eine scheinbar egoistische, utilitaristische Rationalität unterlegen oder unterstellen, so könnte sie so aussehen: Schiffbrüchige werden von Schiffsbesatzung gerettet, weil die Crewmitglieder selber in die Lage kommen könnten, gerettet werden zu müssen. Die Aufnahme von Flüchtlingen /das Gewähren von Asyl und die dafür aufgewandten Kosten wären danach mit einer kollektiven Versicherungsleistung zu vergleichen, mit der man sich gegen die politischen Wechselfälle des Lebens international absichert. Da es keine kommerzielle Versicherung gegen den Verlust der Grundrechte oder des Friedens in seinem Heimatland gibt, muss man sich diese Versicherung durch entsprechendes Handeln gegenüber Betroffenen erwerben, solange man es kann⁶. Der Unterschied zwischen den Regelungen, die die Umzüge wegen der Erwerbstätigkeit und denen, die Flüchtlinge betreffen, sind fundamental: Die Flüchtlinge reklamieren ein fundamentales Menschenrecht: Leben und körperliche Unversehrtheit. Von Erwerbsmigranten erwarten wir, dass sie Leistung erbringen und in die öffentlichen Kassen ihren Anteil einzahlen.

Trotzdem wird immer wieder das Argument vorgebracht, Deutschland solle Asylbewerber aufnehmen, um den akuten Fachkräftemangel zu beheben. Das erscheint mir albern. Wenn es einen Mangel an Bewerbern für bestimmte Berufe gibt, dann sucht man doch besser direkt nach den passenden im In- und Ausland, als in einer völlig anders gemischten und motivierten Gruppe von Menschen, um diesen Mangel zu beseitigen. Dabei können die Arbeitgeber auch jenseits der Grenzen der EU suchen und Bewerber von dort anstellen. Denn die Mangelberufe hat die Arbeitsagentur aufgelistet. Die Liste umfasst mehr als 70 Positionen. Für Anstellung solcher Fachkräfte entfällt die Vorrangprüfung, ob es nicht auch Bewerber aus der EU gäbe.

Aber selbst der EU Arbeitsmarkt ist ja riesig. In Europa gibt es ca. 24 Millionen Arbeitslosen. Darunter auch viele Handwerker und Akademiker. Selbst in Deutschland gibt es fünf Millionen⁷ Arbeitslosen oder Unterbeschäftigte. Seit 2007 hat die Arbeitslosigkeit in Europa um acht Millionen zugenommen. Und darunter sollen keine Fachkräfte sein, die deutsche Unternehmen beschäftigen könnten? Das erscheint mir unglaublich. Es sind ja auch schon viele aus den Ländern mit anhaltender Krise nach Deutschland gekommen. Eher wird es wohl eine Frage des Preises sein, der den Unternehmen immer noch zu hoch ist, obwohl ihre Gewinne im Durchschnitt der Jahre schon gestiegen sind⁸. Die Deutschkenntnisse sind am Anfang bei niemandem aus den verschiedenen Bevölkerungsgruppen vorhanden. In vielen Unternehmen ist inzwischen die Um-

Keine Vermischung von Überlegungen von Demographischem Wandel, Arbeitsmarkt und Flüchtlingspolitik.

Mangel an Fachkräften als Grund, Asylbewerber aufzunehmen, ist nicht stichhaltig.

⁶ Den Verlust der Eigentumsrechte bei Handelsgeschäften mit dem Ausland kann man in Deutschland ja gegen Gebühr beim Staat durch eine Hermesbürgschaft absichern.

⁷ Dabei werden die in „Maßnahmen“ befindlichen Arbeitslosen, die in Zwangsrente Geschickten „nicht mehr Vermittelbaren“ und andere aus der Arbeitslosenstatistik heraus Definierten mitgerechnet.

⁸ Gestützt wird diese Vermutung durch die Erfahrung, dass die Arbeitszuwanderung aus den östlichen EU- Mitgliedern größer ist als aus den südlichen EU-Ländern. Die Arbeitslosigkeit ist z.B. in Spanien und Polen sehr hoch. Sie unterscheiden sich aber in der Höhe der Arbeitseinkommen. In Polen liegen sie noch viel niedriger als in Deutschland und den alten EU-Mitgliedern z.B. auch in Spanien.

5 gangssprache Englisch, und die können zumindest inzwischen die meisten Akademiker weltweit. Insofern ist das Sprachproblem für viele zu besetzende Stellen kein so großes.

Manchmal wird auch gesagt, dass nicht alle angebotenen Ausbildungsplätze in 2015 besetzt worden seien. Unter den Asylsuchenden seien so viele junge, die diese Ausbildungsstellen besetzen könnten. Dazu kann man genauso wie beim gesamten Arbeitsmarkt einerseits auch das Argument von hoher Jugendarbeitslosigkeit in Europa anführen. Selbst in Deutschland gibt es viele Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. Wenn sich die Unternehmen genug anstrebten, fänden sie sicher Wege, ihre Lehrstellen mit europäischen Jugendlichen zu besetzen. Andererseits wäre es nur ein Zufall, wenn unter den Asylbewerbern gerade eine Person wär, die die Lehrstelle vor Ort besetzen könnte. Die Verteilung der Asylbewerber erfolgt nach ganz anderen Kriterien als dem lokalen Ausbildungsplatzangebot. Und die Probleme der Sprache bestehen in den Ausbildungsberufen anders als den akademischen Berufen ja meist auch. Bis die behoben sind, bleibt danach die Lehrstelle trotzdem unbesetzt. Schon eine etwas verbesserte Bildungspolitik⁹ würde helfen, dass die Lehrstellenproblematik in Deutschland mit den hiesigen Jugendlichen schneller gelöst wird.

Es wird auch vorgebracht, Asylbewerber seien meist jung und deswegen willkommen, um der Alterung und dem Schrumpfen der Bevölkerungszahl in Deutschland zu begegnen. Wenn Alte verfolgt und vor Krieg fliehen würden, nähmen wir sie dann nicht auf? Es wird bei dieser Rechtfertigung auch davon ausgegangen, dass die Flüchtlinge hier blieben. Das ist so gar nicht unbedingt zu erwarten. Viele, die hier in der Vergangenheit Asyl erhalten haben, sind nach dem Ende von Krieg oder Diktaturen wieder in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt z.B. solche aus den Lateinamerikanischen Diktaturen der 1970er und 1980er Jahre. Die Chance, dass sie hier ein von ihnen gewünschtes Leben führen können, ist eher gering. Die Zahl derjenigen, die netto hier eingegliedert werden, ist viel zu gering, um den avisierten Einfluss auf die Altersstruktur unserer Gesellschaft zu haben. Viele der Zuwandernden werden keine Einwanderer. Wenn sie tatsächlich hier bleiben, dann kommen andere auch junge Erwerbstätige, die als Arbeitsmigranten aus Europa oder aus Drittstaaten angeworben worden wären, eben nicht. Nein, solch einer scheinbar „rationalen“, an die „wohlverstandenen Eigeninteressen“ appellierende Argumentation, um Widerständen gegen Asylgewährung den Wind aus den Segeln zu nehmen, geht schnell die Puste aus.

Bis zum letzten Jahr war die Zahl der Personen, die des Erwerbs wegen über die Außengrenze Deutschlands zogen, sehr viel höher als derjenigen, die einen Asylgrund angaben. Und diese Arbeitsmigranten haben zum großen Teil auch Arbeit aufgenommen. Selbst die Arbeitsimmigranten aus Rumänien waren durchschnittlich höher gebildet als der Durchschnitt der ansässigen Erwerbstätigen. Wer Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bevölkerungspolitik betreiben will, der sollte bei den Fachgebieten bleiben und sich nicht auf ein nicht dazu gehöriges Feld begeben. Das wird alles schräg, vermurkst, unglaublich und heuchlerisch opportunistisch. Soll Deutschland bei einer neuen Wirtschaftskrise das Grundrecht auf Asyl abschaffen, weil dann keine Arbeitskräfte gebraucht werden?

Lehrlingsmangel lässt sich so auch nicht beseitigen

Junge Asylbewerber „frischen das Blut auch nicht auf“ und sind kein spezieller Jungbrunnen für eine alternde Gesellschaft

⁹ z.B. durch Unterstützung der Azubis durch Sozialarbeiter bei den häufig auftretenden Problemen während der Lehrzeit, damit sie ihre Lehre nicht abbrechen, und bzw. oder z.B. durch Mobilitätshilfe in Deutschland

5 **Erstaufnahme der Flüchtlinge**

Zunächst geht es um die kurzfristige Aufnahme, erste Unterbringung, Versorgung, Entsorgung, und Gesundheitsvorsorge von Asylbewerbern. Das ist gegenwärtig das Problem. Auf täglich mehrere Tausend Ankommende, und das über Wochen hinweg, ist niemand vorbereitet. Auch Organisationen der Katastrophenhilfe wie Rotes Kreuz und THW würden bei größeren lokalen Unglücken ja ihre Kapazitäten aus dem Bundesgebiet am Ort des Einsatzes zusammenführen. Dass diese Kapazitäten jetzt flächendeckend gebraucht werden, ist ein Fall, der so nicht vorgesehen ist. Es wäre auch unwirtschaftlich, dauerhaft so viele Kapazitäten vorzuhalten. Es ist ein glücklicher Zufall, dass die Bundeswehr in der jüngsten Vergangenheit umstrukturiert hat und dadurch einige Liegenschaften frei geworden sind und jetzt für Flüchtlinge genutzt werden. Die Bundeswehr hilft auch mit Zelten und anderen Fazilitäten zur Erstunterbringung und –versorgung der ankommenden Asylbewerber. Es sind temporäre Notunterkünfte mit reduziertem Standard.

Erstunterbringung ist das momentane Problem

Es ist natürlich auch ein organisatorischer und finanzieller Kraftakt, die Ankommenden zu registrieren und sie auf dezentrale Standorte zu verteilen, so dass sie an den zugewiesenen Standorten zahlenmäßig aber auch individuell bekannt sind und versorgt werden können. Dabei macht der „Königssteiner Schlüssel“, nach dem die Flüchtlinge auf die Bundesländer überwiegend nach der Zahl der einheimischen Bevölkerung verteilt werden, noch einen Sinn.

Die Bezirksregierung Arnsberg hat den dann folgenden Ablauf in einem Schaubild für NRW ins Internet gestellt.

http://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/themen/f/fluechtlinge_nrw/verf_unterbringung.pdf

Bis zur Entscheidung, ob ein Antrag offensichtlich unbegründet ist oder höchstwahrscheinlich stattgegeben wird, weil der Antragssteller aus einem Kriegsgebiet kommt, will die Unterbringung in Erstaufnahmezentren noch sachlich nachvollziehbar erscheinen. Danach sollten die Personen und Haushalte mit Bleibeperspektive aber möglichst schnell Wohnungen erhalten, wo sie auch einige Zeit bleiben und sich einleben können. Die Wohnungen findet man nicht nach dem Königsberger Schlüssel sondern nach dem Angebot auf dem Wohnungsmarkt.

Fluchtgründe beseitigen?

Fluchtgründe beseitigen, Ursachen der Migration bekämpfen! Das sind Forderungen, die genauso leicht aufzustellen wie schwer zu verwirklichen sind. Neuerdings deuten Politiker sogar in Deutschland an, die Bundeswehr solle sich in den Krieg in Syrien oder gegen den IS einmischen – natürlich gemeinsam mit den Westalliierten. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen beschwichtigt damit, die Bundeswehr liefere ja schon Waffen an die „Peschmerga“, die Milizen der irakischen Kurden. Gleichzeitig werden diese von den Streitkräften der verbündeten Türkei unter Bruch des Völkerrechtes aus der Luft und zu Lande bekämpft. Natürlich will sich da keiner in den Konflikt hinein begeben. Aber das zeigt doch, wie man in Teufels Küche kommt, wenn es konkret wird. Was für ein Wahnsinn, den Bock zum Gärtner machen zu wollen. „Der Westen“, wer oder was immer das jeweils war und ist, hat wesentlich diese Weltregion so organisiert und beeinflusst, dass diese fürchterlichen Konflikte dort nun seit Jahrzehnten zu immer neuen

Fluchtgründe beseitigen – durch Beteiligung am Krieg?

5 Gewaltausbrüchen führen. Angefangen mit dem Zuschnitt der Mandatsgebiete des Völkerbundes nach dem Ersten Weltkrieg, die in
10 der unterhalb des schönen Titels nur Kolonien von England und Frankreich auf dem ehemaligen Territorium des aufgelösten Osmanischen Reiches waren. Diese Kolonialgrenzen haben zu den Miss-
15 geburten von Staaten geführt, in denen seitdem in fast ununterbrochener Reihenfolge Diktaturen herrschen und die sich gegenseitig bekriegen. Das wurde auch nicht besser, als nach dem Zweiten Weltkrieg die USA die führende Rolle in der Region von Großbritannien übernahmen. Was hätte Deutschland anzubieten, um dort
20 die Kriege befrieden zu können, die ja gerade auch durch die weltpolitische Rivalität mit Russland so ausweglos erscheinen? Nein, Deutschland kann nur eine positive Rolle übernehmen, wenn es nicht Partei ist. Wenn die streitenden Parteien endlich Frieden schließen wollen und einen unparteiischen Vermittler brauchen, dann könnte vielleicht Deutschland gerufen werden. Dann könnte Deutschland vielleicht auch mit seinen Ressourcen helfen, um Gräben zu überbrücken, die während des Krieges aufgerissen wurden – z.B. durch schnelle Wiederherstellung zerstörter Häuser und Infrastruktur – und dadurch die schnellere Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlingen und Vertriebenen erleichtern.

Für andere Fluchtgebiete, aus denen Armutsflüchtlinge kommen, wird vorgeschlagen, die Entwicklungshilfe zu erhöhen. Damit soll die Arbeitslosigkeit und Armut dort beseitigt und der Bevölkerung eine Perspektive gegeben werden. Was für ein Alibi, um hier die Schotten dicht zu machen. Seit Jahrzehnten wird Entwicklungshilfe, oder wie die Programme des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der vielen internationalen privaten und staatlichen Institutionen seitdem alle genannt worden sind, mit dem offiziellen Zweck „Hilfe zur Selbsthilfe“ propagiert und geleistet. Aber das ist ja gerade nicht gelungen¹⁰.

35 In Europa selbst gibt es 24 Millionen Arbeitslose. Und es gibt auch in alten Euroländern z.B. wie im italienischen Süden eine strukturelle Arbeitslosigkeit. Sie ist trotz aller nationaler und EU-Programme nicht beseitigt worden. Wenn wir so genau wüssten, wie das geht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und Wohlstand für alle zu schaffen, dann hätten wir es doch längst zu Hause getan. Die relativ geringe Arbeitslosigkeit in Deutschland beruht dabei darauf, dass Deutschland mit seinen Exportüberschüssen auch die Arbeitslosigkeit exportiert¹¹. Trotzdem können auch in Deutschland etwa fünf Millionen Menschen nicht oder nicht so viel selbst auf der Basis von einem Mindestlohn arbeiten, wie sie wollen. Also selbst im Sehnsuchtsland bleiben viele Wünsche offen, und wir haben nicht den Zauberstab, mit der die EU oder Deutschland die Arbeitslosigkeit und damit die Hauptursache für die Armutswanderung beseitigen könnte.

**Fluchtgründe beseitigen
– Arbeitslosigkeit bekommen wir weder in Deutschland noch in Europa weg, wie dann in Elendsgebieten?**

¹⁰ Und war wohl auch nie beabsichtigt, dass sich die Länder unabhängig vom Weltmarkt entwickel – im Gegenteil, die meisten Entwicklungsprojekte mit Hilfe der weiter entwickelten Länder förderten die weitere Integration in den und damit die Abhängigkeit vom Weltmarkt.

¹¹ Es ist hier nicht der Ort, ein wirtschaftspolitisches Programm zu entwerfen. Aber für diejenigen, die darüber sonst nicht nachdenken und die deutsche Wirtschaftspolitik für nachahmenswert halten, hier der Hinweis, dass es unmöglich ist, dass alle Länder Exportüberschüsse erwirtschaften. Siehe dazu u.a. meinen Beitrag <http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20131112.pdf> Die Schwäche eines Exportweltmeisters

5 Mit einiger Aggressivität und moralischer Empörung¹² wird gefordert, dass die anderen EU Staaten mehr Flüchtlinge aufnehmen sollten. Es wird zuweilen auch besonders in Richtung osteuropäische Länder gedroht, dass ihnen sonst als Sanktionen finanzielle Zuwendungen der EU gekürzt würden. Aber ist es wirklich sinnvoll,
10 dass die Länder, die selbst eine große Arbeitsauswanderung haben wie z.B. Polen, und viel ärmer sind als Deutschland, nun Flüchtlinge in großer Zahl aufnehmen? Bei den Baltischen Staaten handelt es sich zudem noch um solch kleine Bevölkerungen, dass von ihnen kaum Entlastungen erwartet werden können. Soll man sich wegen dieser geringen möglichen Entlastung verkämpfen?

Es wird auch vorgeschlagen, es solle in Europa einheitliche Standards für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge geben, um dadurch die Standards in Deutschland zu senken, die Kosten zu verringern und vor allem um materielle Anreize für den Zuzug nach Deutschland abzumildern. Das verkennt: Oberhalb der physischen Grundbedürfnisse ist Armut immer relativ. Der Mensch ist ein soziales Wesen. Das „Existenzminimum“ ist daher in den Ländern unterschiedlich. Was in Rumänien in Lagern von Roma denen zugemutet wird, das ist in Deutschland keinesfalls mehr erträglich und kann hier kein Standard werden. Umgekehrt kann Deutschland seine hier anzuwendenden Standards z.B. an Sicherheit der Unterbringung nicht anderen Ländern durch Vereinbarung vorschreiben. Und in Deutschland widersprechen Standards wie in Lagern von Roma in Rumänien den Maßstäben der Menschenwürde (dort vielleicht auch. Das dürfte aber nicht gesagt werden, weil das dann wahrscheinlich ein Asylgrund wäre.)

Die großen wohlhabenden Länder im Westen wie Großbritannien haben selbst in den vergangenen zehn Jahren mehr Immigranten aufgenommen als Deutschland. Dabei sind die dort sehr viel häufiger anzutreffenden Illegalen noch gar nicht mitgerechnet. Frankreich hat den schwelenden Konflikt mit den vielen Einwanderern und ihren Nachkommen aus den ehemaligen Kolonien, die in den Banlieus der Großstädte leben und nicht integriert sind. Aus der französischen Politik hört man daher einiges Entsetzen beim Gedanken, Deutschland könne von Frankreich das Gleiche verlangen, wie es angekündigt hat, zu tun: Prinzipiell unbegrenzt Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge aufzunehmen¹³. Selbst wenn die EU einen Beschluss zustande bringt, dass 160.000 Flüchtlinge nach Quoten in Europa umverteilt werden, dann sind die Flüchtlingszahlen insgesamt so groß, dass Deutschland dadurch kaum entlastet würde.

Die größte Quelle der Flüchtlinge sind gegenwärtig die Flüchtlingslager in der Türkei, dem Libanon und Jordanien. Dort verschlechtern sich die Verhältnisse gerade so massiv, dass die Menschen daraus fliehen. Oben (Seite 2) wurden die mir bekannten Gründe aufgeführt. Also wären als erstes diese Gründe ggf. mit deutscher Hilfe abzumildern: Die EU zahlt so viel an die Flüchtlingsorganisation der UNO, UNHCR, dass wieder genügend Essen da ist und die sonstige Versorgung gewährleistet wird, die Lager winterfest gemacht werden, die hygienischen Verhältnisse die Gesundheit nicht

In Europa gleichmäßiger die Flüchtlinge verteilen – ist keine Lösung.

Durch Vereinheitlichung der Unterbringungs- und Verpflegungsstandards in Europa Wanderungsbewegung zwischen den EU Ländern verringern?

Umverteilung der Flüchtlinge nach Quoten zur Entlastung von Deutschland?

Flüchtlingslager in der Region so ertüchtigen, dass sie auf längere Zeit erträglich sind.

¹² Aufgefallen ist mir besonders dabei Vizekanzler und SPD Parteivorsitzender Gabriel in einer Talkshow im Fernsehen letztthin, als er einen Vertreter der Slowakei geradezu persönlich anging. Der holzte zurück und bat Gabriel doch zu sagen, inwiefern die Slowakei die Regeln der EU oder das Dublin II Abkommen nicht eingehalten habe. Deutschland habe aber sich nicht an die Regeln gehalten. Da musste Gabriel ganz fein Stille schweigen.

¹³ Siehe dazu auch den Leitartikel in der Süddeutschen Zeitung vom 21.9.2015 auf Seite 4 von Christian Wernicke unter der Überschrift: „Diese Deutschen Die Nachbarn sorgen sich vor moralischem Druck aus Berlin“.

5 gefährden, die Kinder zur Schule gehen können und sonstiger Zugang zur Ausbildung ermöglicht wird, sie Räume für berufliche Tätigkeiten und selbstversorgende Arbeiten erhalten können und besonders, dass sie nicht davon bedroht werden, ins Kriegsgebiet zurück transportiert zu werden. Verhandlungen mit den Kriegsbeteiligten über sogenannte „Schutzzonen“, die im umkämpften Land eingerichtet werden und in die dann die Flüchtlinge geschickt und dann dort quasi gefangen gehalten werden sollen, ist sicher ein Grund für die gegenwärtigen Anstieg der Flüchtlingszahlen aus den Flüchtlingslagern in der Türkei¹⁴.

15 In diesen Flüchtlingslagern müssten auch Anträge gestellt werden können, um Asyl oder Anerkennung als Kriegsflüchtling zu beantragen und danach die Einreise nach Deutschland zu erhalten. Falls das zumutbar ist, müssten diese Antragsstellen als für diese Krisenregion einzig mögliche Anlaufstellen festgesetzt werden. Wer in Deutschland einen Antrag stellt, wird erst auf eigene Kosten dorthin zurückgeschickt, um dort seinen Antrag abzugeben¹⁵. Dies würde auch den Schleppern ein Teil ihrer Geschäftsgrundlage nehmen. Diese Regelung hätte zwei Vorteile:

- Sie wäre gerechter, weil sie nicht sozial so selektiv wäre. Gegenwärtig können sich die Flucht nach Mittel- und Nordeuropa fast nur Angehörige der Mittelschichten leisten, weil die Kosten, mit Schleppern sich schleusen zu lassen, so hoch sind, dass nur sie die Mittel aufbringen können. Wenn in den Lagern der Region in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Krisengebieten schon die Anträge gestellt werden können, dann können das auch Verfolgte und Bedrängte tun, die außer sich selbst nichts haben in die Lager retten können.
- Sie würden einem Teil des Geschäftsmodells der Schlepper die Grundlage entziehen. Denn wessen Asylantrag dort positiv beschieden wird, kann dann mit öffentlichen Verkehrsmitteln und offiziell nach Deutschland reisen.

Asylanträge von Verfolgten müssten an Deutsche Botschaften im Ausland gestellt werden können. Diese Möglichkeit müssten regional so geordnet werden, dass jemand in einer Diktatur nicht zur Deutschen Botschaft im eigenen Land gehen oder dorthin schreiben müsste, sondern auch andere Anlaufstellen im regionalen Umkreis fände.¹⁶

Als Regelung, dass nicht aussichtslose Anträge in Deutschland gestellt werden, nur um einige Zeit in Deutschland zu verbringen, könnte man im Zusammenhang mit einem Einwanderungsgesetz vorsehen: Diejenigen, die einmal in Deutschland Asyl beantragt haben und abgelehnt wurden, erhalten auch keine Möglichkeit mehr, über eine andere Einreiseregulation nach Deutschland einzuwandern und hier erwerbstätig sein zu können – z.B. wenn ein Arbeitgeber ihn als Arbeitnehmer anfordert, würde er trotzdem kein Arbeitsvisum erhalten.

Anträge auf Anerkennung als Kriegsflüchtlinge in den regionalen Lagern beantragen.

Anträge auf Asyl in deutschen Botschaften beantragen.

Illegale Einreise und hier abgelehnte Asylanträge führen zum dauerhaften Ausschluss von Zuwanderung.

¹⁴ Vielleicht hat Außenminister Steinmeier bei seinem jüngsten Besuch in der Türkei auch darüber verhandelt.

¹⁵ Von dort aus müssten dann auch Verwaltungsgerichtsverfahren betrieben werden können. Auch müsste es Fristen geben, in denen Anträge bearbeitet werden müssten, damit die deutsche Bürokratie nicht auf Zeit spielen könnte. Sonst würde Schadenersatz oder eine automatische Bewilligung des Antrages folgen. Pauschale Ablehnungen, nur um die Fristen zu wahren, würden die gleichen Rechtsfolgen haben, als würden die Fristen nicht eingehalten.

¹⁶ Wie ich in einer Fernscheidung gehört habe, soll die Schweiz schon eine solche Regelung mal ausprobiert haben. Sie soll danach so von Anträgen überhäuft worden sein, dass sie diese Möglichkeit wieder abgeschafft hat.

5 In der EU wird man für die Flüchtlingslager des UNHCR wohl leichter eine Zustimmung für Geldausgaben bekommen, als für eine Verteilung der Flüchtlinge nach Quoten.

Wir müssen das Problem in Deutschland lösen – insbesondere für diejenigen, die da sind. Wir können in Deutschland nicht darauf warten, dass die EU in dieser Frage zu einer einheitlichen Politik findet. Auch schon die schon hier Angekommenen stellen genügend aktuelle Aufgaben. Und es kommen Weitere. Wenn jetzt der Innenminister de Maizière vorschlägt, das Verfahren nach dem Dublin Abkommen wieder zu reanimieren¹⁷, dann hilft das konkret gar nichts. Will er jetzt Pendelzüge mit Asylsuchenden und Kriegsflüchtlingen zwischen Deutschland und Österreich, und die wieder nach Ungarn, organisieren anstatt deren Unterbringung? Das ist doch Ping-Pong-Spielen mit Menschen. Gerade (19.9.2015) hat die italienische Marine wieder Tausende Flüchtlinge aus dem Meer gerettet. Soll nur Italien mit dem Problem fertig werden können?

Problem lässt sich nicht verlagern. Dublin II Abkommen ist tot.

Die allenthalben geforderte Beschleunigung der Bearbeitung der Anträge ist sicher richtig. Ebenso die möglichst zügige Aufforderung zur Ausreise und ggf. sogar Abschiebung der Personen mit abgelehnten Anträgen. Natürlich auch schnelle Gerichtsverfahren. Aber auch das lässt sich nicht von jetzt auf gleich verwirklichen. Entsprechende Verwaltungsfachleute und Richter müssen gefunden, eingestellt und eingearbeitet werden. Das dauert. Und während dessen liegen die humanitären Aufgaben eben in Deutschland.

Verfahrensbeschleunigung ist leichter gefordert als umgesetzt

Auch erscheint es richtig, dass zunächst größere Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen werden, in denen die ankommenden Antragsteller registriert und den Kategorien zugeordnet werden.

Die, deren Anträge ganz überwiegend negativ beschieden werden, sollten in diesen Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben, bis eine erste Entscheidung über ihren Fall getroffen wird. Sollte dagegen Widerspruch eingelegt und gegen die Entscheidung geklagt werden, dann sollte von Gericht geklärt werden, ob eine Gefährdung für die Person dadurch entstehen könnte. Wenn ja, dann müsste der Vollzug der Ausweisung bis zur Klärung des Falles ausgesetzt werden. Wenn nicht, dann sollte die Ausweisung vollzogen und die gerichtliche Klärung des Falles auch vom Ausland aus mit der Option der Wiedereinreise betrieben werden können.

Die, deren Anträge höchst wahrscheinlich positiv beschieden werden, gegenwärtig also z.B. Kriegsflüchtlinge aus Syrien, sollten nach der Registrierung möglichst schnell im Bundesgebiet verteilt werden und Wohnungen erhalten. Die Anträge, die weniger eindeutig erscheinen, müssten den bisherigen Weg durchlaufen, was auch zur längeren Unterbringung in Übergangwohnheimen führen würde.

¹⁷ Er schlägt in seinem Gesetzentwurf laut Pressemeldung vor, Antragsteller in Deutschland, die über einen anderen EU-Staat nach Deutschland eingereist sind, mit einem Lunchpaket und einer Fahrkarte auszustatten und wieder zurückzusenden.

5 Öffentliche Wahrnehmung des Problems beeinflussen, Katastrophenstimmung abschwächen, Finanzverteilung

Ein entscheidendes Problem ist gegenwärtig auch die öffentliche Wahrnehmung dieses Problems. Alle öffentlichen Stellen haben gelernt zu klagen, auch wenn sie nicht leiden. Weil definiert wurde, diese neue Aufgabe müssten Bund, Länder und Kommunen gemeinsam tragen und dafür auch die finanziellen Lasten teilen, stöhnen alle publikumswirksam. Und die Politiker können das ja besonders gut. Damit wird auch in der Öffentlichkeit das Gefühl erzeugt, wir seien am Limit und das Ganze müsse gestoppt werden. Und jeder fordert von allen anderen Akteuren, sie müssten mehr tun, weil man selber eigentlich schon unter der Last zusammengebrochen sei. Kommunen und Länder begründen schon Steuererhöhungen mit den zusätzlichen Lasten durch die Flüchtlinge oder sie benutzen sie als Begründung für den Ausstieg aus der Schuldenbremse. Nur der Bund hat durch Finanzminister Schäuble mitteilen lassen, dass die zusätzlichen Ausgaben auch im Haushalt des nächsten Jahres zu verkraften seien, ohne dass deswegen neue Staatsschulden aufgenommen werden müssten. Dieser eingebaute Mechanismus, die öffentliche Meinung negativ zu beeinflussen, sollte gestoppt werden. Der Bund sollte alle Kosten übernehmen, die mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zusammen hängen – dafür aber auch bei der Steuerverteilung entsprechend berücksichtigt werden.

Die Kakophonie des konzertierten Wehklagens der Politiker in Bund, Länder und Gemeinden verstummen machen

Der Bund sollte alle Kosten übernehmen, die mit den Flüchtlingen und Asylbewerbern zusammen hängen.

Integration

Nachdem die Asylbewerber und Flüchtlinge einen Aufenthaltsstatus erreicht haben, der eine langfristige Unterbringung in Wohnungen vorsieht, geht es um die Integration dieser Ausländer in die normale Wohnbevölkerung. Dabei haben die Flüchtlinge zunächst keine eigenen Mittel, um sich zu versorgen oder eine Wohnung zu bezahlen. Die Mittel dafür kommen zunächst alle aus den öffentlichen Haushalten und sollten künftig allein dem Bundeshaushalt kommen. Neben den Leistungen nach dem SGB II / Hartz IV geht es zunächst vor allem um die Unterbringung in Wohnungen.

Integration

Unterbringung, Wohnungen

Der Bund sollte auch die Unterbringung selber organisieren. Damit könnte der Königssteiner Schlüssel für die Verteilung der Asylbewerber und Flüchtlinge, die in Wohnungen umziehen können, umgangen oder besser durch Beschluss aufgehoben werden. Der Bund würde Wohnungen anmieten oder kaufen und zwar dort, wo der Wohnungsmarkt es hergibt und sie billig zu haben sind.

Verteilung durch den Bund nicht nach dem Königssteiner Schlüssel

Dabei wären folgende Kriterien zu berücksichtigen:

Kriterien für Wohnungssuche

- Freie Wohnungen zu beschaffen, wo die Nachfrage nicht mit der anderer Armen in Konkurrenz tritt oder wo allgemeiner Wohnungsmangel herrscht.
- Soziale Gruppen bilden, die gegenseitige Unterstützung erleichtert und gegen Vereinsamung wirken:
 - Konkret sollten Menschen aus den gleichen Gegenden mit der gleichen Kultur so in der Nähe zueinander Wohnungen erhalten, dass sie miteinander sprechen und sich emotional austauschen können. Isolation und Vereinzelung in dieser Situation machen krank. Z.B. Asylbewerber aus Eritrea und Flüchtlinge aus Syrien können sich untereinander auch kaum verständigen. Es

5 sollten auch nicht Mitglieder von Glaubensgemein-
schaften oder ideologisch Richtungen zusammen ein-
quartiert werden, die sich bekanntlich feindlich geson-
nen sind.

- 10 ○ Es sollten Gruppen zusammen siedeln, für die speziel-
le Infrastruktur erforderlich ist und durch ähnliche Be-
dürfnisse dadurch vor Ort leichter geschaffen werden
kann. Z.B. Familien mit Kindern, für die dann Kitas und
15 Schulen vorhanden sind und ggf. zusätzliche Klassen
aufgemacht werden können. Leute mit gleicher Spra-
che, für die dann sowohl leichter Deutschkurse abzu-
halten sind, als auch einfacher amtlich zu kommunizie-
ren ist (nur eine Dolmetschersprache muss organisiert
werden). Das gilt auch für das Essen, für die spezielle
20 Nahrungsmittel erforderlich sind, die von Händlern nur
beschafft werden können, wenn es eine nicht nur ver-
einzelte Nachfrage danach gibt. Z.B. für junge Männer,
für die Sportplätze und Sporthallen (wieder) geöffnet
werden können.
- 25 ○ Dort dann gemeinschaftliches Wohnen und Arbeiten
u.a. in dem Sinne ermöglichen, dass die Flüchtlinge
durch Eigenarbeit möglichst viel der Versorgung selber
erledigen sollen: Natürlich Haushalt, Kochen aber auch
Nähen, Wohnungen und soziale Infrastruktur instand-
halten, Gärtnern zur Eigenversorgung – aber nicht nur
30 individuell, sondern auch in Arbeitsteilung, damit die-
jenigen, die Fachwissen haben, das dort auch prak-
tisch einbringen können.
- 35 ○ Ein eigenes Gemeindeleben aufbauen. Dabei Pflege
der gemeinsamen Kultur, wie sie jede Auswanderer-
gruppe in der Fremde bewahrt hat, auch die Deutschen
in Amerika oder dem Banat – insbesondere die ge-
meinsamen Feste feiern.
- 40 ○ In Schulen auch muttersprachlichen Unterricht einfüh-
ren. Natürlich neben Deutschunterricht und Unter-
richtssprache Deutsch, wenn die Kinder und Jugendli-
che dann dem Unterricht folgen können.

- 45 • Wohnungen dort belegen, wo durch den Bevölkerungsrück-
gang droht, dass die soziale und technische Infrastruktur
sonst verfällt oder zurückgebaut werden muss. Deswegen
Ausrichtung an den verfügbaren Kapazitäten und nicht an
den Kriterien des Königsteiner Schlüssels¹⁸.

50 Es ist bei der gegenwärtigen Diskussion deutlich, dass die Stim-
mung und Akzeptanz in den Verfallsgebieten der Republik für Auf-
nahme von Flüchtlingen häufig geringer ist als in den Gebieten, die
eher prosperieren oder in den Universitätsstädten, in denen es
aber auch meist einen Mangel an Wohnraum gibt, weil es Zuzugs-
gebiete sind. Dieser Unterschied verläuft durchaus nicht zwischen
ehemals Ost- und Westdeutschland. Gerade viele Ruhrgebietsstäd-
te, aber auch z.B. Bremerhaven und Wilhelmshaven, haben in den
55 letzten Jahren seit der vorigen Einwanderungswelle um die 1990er
Jahre herum z.T. zehntausende Einwohner verloren. So gibt es eine
ganze Reihe auch von Städten, in denen der Wohnungsmarkt

**Kommunen und Länder
durch Übernahme aller
Kosten für die Flüchtlin-
ge durch den Bund dazu
bewegen, dass sie nicht
die Probleme sondern
die Chancen öffentlich
hervorheben.**

¹⁸ Es ist aus der Geschichte bekannt, dass Preußen vor der religiösen Verfolgung in Frankreich fliehende Hugenotten eine Zuflucht geboten hat. Dort konnten sie z.T. eigene Gemeinden bilden, die sich durch eigene Arbeit selbst versorgten und das z.T. durch Krieg entvölkerte Land wieder zum blühen brachten. Sie haben als Gemeinschaft eine größere Stärke entwickelt und sich so integriert, als wenn sie vereinzelt nur billige Dienstkräfte ohne Selbstbewusstsein aber möglicherweise mit wachsendem Groll über die Diskriminierung geblieben wären.

5 relativ entspannt ist. Es gibt auch Bürgermeister¹⁹, die deswegen um die Zuweisung von mehr Flüchtlingen bitten.

Parallelgesellschaften

Es wird immer wieder die Gefahr von „Parallelgesellschaften“ verbal an die Wand gemalt. Personen mit unterschiedlichen Kulturen gibt es schon immer in unserer durch Städte geprägten Gesellschaften. Es ist gerade das Merkmal unserer Kultur, dass sich sonst fremde Menschen treffen und miteinander interagieren können²⁰. Insofern leben wir natürlich in vielen Parallelgesellschaften nebeneinander. Wenn solche räumlich konzentriert auftreten und mit einer bestimmten Sprache verbunden sind, dann genießen sie auch Minderheitenrechte, wie z.B. die Sorben in Sachsen und Brandenburg, die Dänen in Schleswig Holstein, die Südtiroler in Italien usw. Das was uns eint, ist das Recht (Verfassung und Gesetze), an das sich alle halten müssen. Und das gilt natürlich auch für Flüchtlinge. Wenn sie die Gesetze und Regelungen einhalten, dann ist es kein Ausweis von einer zerstörerischen Parallelgesellschaft, wenn sie an ihren Sitten und Gebräuchen festhalten, ihre Feste feiern und untereinander ihre Sprache sprechen.

Keine Gefahr von Parallelgesellschaften

Gefahr der Desintegration eher bei Alteingesessenen

25 Aus Erfahrungen wissen wir, dass erst in der zweiten oder dritten Generation, wenn die Anpassungsleistung der Eingewanderten nicht honoriert wird und eine Diskriminierung immer noch spürbar ist, häufig eine bewusste Desintegration einsetzt. Wer in der bestehenden Ordnung keine Möglichkeit sieht, einen geachteten Platz einzunehmen, der schafft sich seine parallelen Hierarchien und Wertesysteme. Deswegen ist es so wichtig, dass einerseits die neuen Einwanderer – gleichgültig, ob sie dauerhaft bleiben oder nicht – gleich so eingebunden werden, als würden sie bleiben. Dies muss aber immer parallel zu den Bemühungen stehen, den früheren Generationen von Einwanderern und ihren Nachkommen und den Globalisierungsverlierern in unserer Gesellschaft nicht eine scheinbar privilegierte Gruppe vor die Nase zu setzen. Sonst fördern wir die weitere und bewusste Desintegration dieser gesellschaftlichen Gruppen.

Privilegierte Integration der neuen Einwanderer könnte zu Desintegration der Globalisierungsverlierer führen.

Sicherheit

40 Einige befürchten, die Flüchtlinge bedrohten die Sicherheit der Alteingesessenen. Zunächst ist prinzipiell festzuhalten: In allen Gesellschaften werden von ungebundenen, nicht integrierten jungen Männern mehr landläufige²¹ Straftaten²² begangen als von in Familie und Nachbarschaft eingebundenen alten Frauen – egal ob das Deutsche oder nicht-Deutsche sind. Insofern erhöht sich mit dem Zuzug von jungen Männern die durchschnittliche Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden. Wenn in einem Ort sich die Bevölkerung durch Zuzug verjüngt, dann lässt sich diese statistisch erhöhte Gefahr nicht vermeiden, genauso wenig wie durch mehr Verkehr auch die Unfallzahlen ansteigen werden. Da Ausländern bei Verurteilung wegen Straftaten ggf. auch die Ausweisung droht, sind sie nicht

Kriminalität steigt nicht mehr als bei jeder Verjüngung eines Gebietes durch Zuzug

¹⁹ Goslars Oberbürgermeister Oliver Junk laut Meldung Der Welt vom 20.11.2014

²⁰ Selbstverständlich hat ein esoterischer und Wein trinkender Intellektueller, der emotional nur durch klassische Musik sich anrühren lässt, eine ganz andere Kultur als ein Bier trinkender grölender Fan eines Fußballclubs, der sich sonst noch auf Motorrädern in seiner Clique trifft und keinerlei längere Texte liest.

²¹ Wie Diebstahl, Wohnungseinbruch, Raub, Gewaltdelikte ...

²² Das gilt bei der Häufigkeit der Straftaten und Straftäter. Dabei wird aber nicht der ggf. verursachte Schaden berücksichtigt. Der kann bei einem Betrüger, der z.B. von einer Bank aus agiert, sehr viel höher ausfallen und mehr Personen schädigen als alle Diebstähle und Wohnungseinbrüche in dem Gebiet zusammen.

5 prinzipiell häufiger in Straftaten verwickelt als junge deutsche Männer.

Quellen des Widerstandes austrocknen

10 Wenn der Bund den Wohnungseigentümern gute Mieten oder Preise für ihre (Bestands-) Wohnungen bietet, dann würde der Widerstand, der sich z.T. aus dem Verdacht der Haus- und Wohnungseigentümer speist, ihre Immobilien würden durch den Zuzug von Ausländern in der Nachbarschaft verfallen oder gar nicht mehr
15 vermarktbare sein, abgemildert oder besänftigt. In Bremen²³ hat es durch das Jahr 2013 Klagen der Wohnungsgesellschaften gegeben, sie hätten keine Wohnungen für die Flüchtlinge. Der Senat hat dann beginnend mit dem Jahr 2014 die Mieten, die für Hartz IV Empfänger, also auch für Flüchtlinge, gezahlt werden, deutlich angehoben²⁴. Seitdem finden die Wohnungsgesellschaften viel mehr
20 Wohnungen für Flüchtlinge – wenn auch nicht genug, um die akute Nachfrage durch gestiegene Zuzugszahlen unmittelbar decken zu können.

Widerstand der Wohnungseigentümer gegen Flüchtlingszuzug durch gute Preise für leere Wohnungen abschwächen.

Wohnungsneubau für Flüchtling?

25 Mit der Nachfrage nach Wohnungen durch Flüchtlinge lässt sich kaum Wohnungsneubau begründen. Neubauwohnungen mit den heutigen (auch gesetzlichen) Standards sind zu teuer. Selbst wenn sie herunter subventioniert werden, sind sie für Hartz IV Empfänger praktisch nicht bezahlbar. Auch für die öffentlichen Hände würden die zu zahlenden Subventionen höher liegen, als wenn Bestandswohnungen in nicht so begehrten oder bevorzugten Lagen angemietet oder angekauft würden. Der Bedarf an Wohnungen durch die
30 Flüchtlinge wird nur ideologisch vorgeschoben, um das typische Spiel der Kommunalpolitiker mit Baurechten zu spielen. Wo Baurecht²⁵ auf der grünen Wiese geschaffen wird, da entstehen allein durch Beschluss der Politiker hohe Grundstückswertgewinne. Deren Höhe zu beeinflussen und sie zu verteilen, ist eine Gelegenheit für
35 Politiker, Begünstigungen zuzuschancen und sich umschwärmen zu lassen. Wenn der Bund, der in dem lokalen Beziehungsgeflecht nicht so eingebunden ist, Wohnungen für Flüchtlinge beschafft, wären es mit Sicherheit keine Neubauwohnungen.

Kein Wohnungsneubau für Flüchtlinge.

²³ Bremen wäre ohne den Zuzug von Ausländern eine schrumpfende Stadt. Sterbe- und Abwanderungsüberschuss der Deutschen werden nur durch den Zuzugsüberschuss der Ausländer mehr als ausgeglichen.

²⁴ Diese Entscheidung hat aber auch ein „Geschmäcke“: Der Senat will in Bremerhaven ein heftig umstrittenen Spezialhafen für Offshore-Windkraftanlagen mit dem Name Offshore-Terminals Bremerhaven (OTB) bauen. Diese Investition, für die kein Unternehmen geboten hat, die also höchst wahrscheinlich unwirtschaftlich ist, kann Bremen unter der Kontrolle des Stabilitätsrates nicht mit neuen Schulden aus dem Haushalt finanzieren. Deswegen kam er auf die Idee, sie aus den Gewinnen der Bremen gehörenden privaten Gesellschaften zu finanzieren. Diese Gesellschaften machen aber dafür kaum ausreichende Gewinne. Die in Bremen größte Wohnungsgesellschaft GEWOBA gehört zu 75% der Stadt, ist aber ein in privater Rechtsform geführtes Unternehmen. Indem der Senat der GEWOBA höhere Mietpreise für die dort neu einziehenden Hartz IV Empfänger gewährt, macht die GEWOBA mehr Gewinn – allerdings auf Kosten des Sozialhaushalts. Es geschieht also nach dem Prinzip linke Tasche – rechte Tasche. Aber dann kann man ja wieder sagen, die Sozialkosten fressen uns auf, und mit den vielen Flüchtlingen können wir die Schuldenbremse nicht mehr halten. Die vom Senat seit 2015 zugestanden Mieten liegen eigentlich über den für Marktmieten für Altbauten. Der Senat hat durch diese Entscheidung auch das Mietniveau in der Stadt angehoben.

²⁵ Für diesen Zusammenhang ist auch Bremen wieder typisch: Obwohl in Bremen Nord viele Wohnungen für um die fünf Euro je m² und in Bremerhaven noch mehr Wohnungen zu noch niedrigeren Mieten angeboten werden, ergreifen Politiker die Gelegenheit, wieder den Wohnungsneubau auf der „Grünen Wiese“ in der Osterholzer Feldmark und anderswo zu propagieren. Bis dort nach Bauplanung, Erschließung und Hochbau wirklich Wohnungen entstanden sind, müssen die Flüchtlinge längst anderswo untergebracht worden sein. Aber sie könnten die dort zu bauenden Wohnungen, selbst wenn sie relativ schlichte Geschosswohnungen wären, gar nicht bezahlen, wenn sie noch immer auf Hartz IV angewiesen wären. Nun wird in solchen Fällen auch immer mit Umzugsketten argumentiert. Wenn an der preislichen Spitze Wohnungen neu gebaut werden, dann wirke sich das durch Umzugsketten bis in die billigsten Wohnungsmarktsegmente aus. Diese Argumentation hält empirischen Untersuchungen nicht stand. Nach Lage und den Preisen unterschiedene Wohnungsteilmärkte sind nicht durchlässig. Können in einem von der Lage und dem Preis her bevorzugten Wohnungsteilmarkt Wohnungen nicht vermietet oder verkauft werden, so sinkt deren Preis nicht bis Nachfrager aus einem anderen Segment die Wohnungen bekommen können. Die Wohnungsanbieter lassen die Wohnung lieber leer stehen. So kann es vorkommen, dass die Preise in nicht bevorzugten Lagen steigen, ohne dass die Nachfrager zum möglicherweise gleichen Preis in die bevorzugten Lagen ausweichen könnten.

5 Freie Altbauwohnungen unzumutbar?

Es wird vorgebracht, dass dort, wo die Mieten niedrig sind, es auch kaum Chancen zur Arbeitsaufnahme gäbe. Und die Flüchtlinge sollten doch so schnell als möglich durch Arbeit in die Gesellschaft integriert werden. Dies Argument ist nicht stichhaltig:

Wohnungen außerhalb der Boomtowns sind kein Hinderungsgrund, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

- Die Chancen, einen Arbeitsplatz zu bekommen, sind anfangs selbst bei Arbeitserlaubnis sowieso gering. Bundesarbeitsministerin Nahles sprach im Bundestag von zehn Prozent für bisher schon anerkannte Flüchtlinge. Das liegt einerseits an den Sprachkenntnissen und andererseits an der komplizierten Bürokratie der Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen.
- Wenn eine Beschäftigung angeboten wird, dann kann sich ein Flüchtling darum genauso bewerben wie ein anderer Interessent. Er bekommt vom Jobcenter für die Bewerbung auch die Kosten erstattet. Wenn er den Job erhält und er liegt nicht von der Wohnung aus in erreichbarer Nähe, dann kann er genauso umziehen, wie jeder andere Bewerber, der eine Arbeitsstelle fern der Heimat annimmt. Wer aus seiner Heimat geflohen ist, der wird ja wohl den Umzug innerhalb Deutschlands nicht scheuen, wenn er dadurch eine Anstellung findet. Die Stellenangebote der Jobcenter sind ja auch im Internet abrufbar wie andere Stellenangebote auch. Das ist nicht mehr standortabhängig. Im Übrigen gibt es auch immer mehr Heimarbeitsangebote, die über einen Computeranschluss von zu Hause oder von kleinen örtlichen Agenturen aus erledigt werden können. Dafür ist die Hürde eher die mangelnde IT-Infrastruktur auf dem Lande. Aber, wie erwähnt, gibt es viele Städte mit schrumpfender Bevölkerung und entspanntem Wohnungsmarkt aber leistungsfähiger IT-Verkabelung. Für Saisonarbeiten, die einen Umzug nicht lohnend erscheinen lassen, gibt es ja auch für sonstige Saisonkräfte aus Europa zeitweise Unterbringungsmöglichkeiten am Arbeitsort.
- Gerade der Oberbürgermeister von Goslar klagt darüber, dass mehr aus Stadt und Region abgewandert sind als es Jobverluste gäbe. So dass es auch in den Abwanderungsgebieten Nachfrage nach Arbeitskräften gäbe.
- Wenn die Flüchtlinge in Gemeinschaften untergebracht sind, in denen sie sich untereinander verständigen können, so können sie selber Arbeit und Geschäfte kreieren, sei es zur Selbstversorgung, sei es, um in der internationalen Arbeitsteilung eine Aufgabe zu finden, die ja häufig nicht mehr Standort gebunden ist.

Integration durch Arbeit?

Ob aber es bald gelingt, dass erwerbsfähige Flüchtlinge in einem großen Anteil auch in den Arbeitsmarkt integriert werden, das kann eher bezweifelt werden. Der deutsche Arbeitsmarkt ist nicht so aufnahmefähig, wie euphorisch dargestellt. Auch können die Arbeitgeber aus einem Reservoir von ca. 24 Millionen Arbeitslosen in der EU schöpfen, darunter ca. drei Millionen Arbeitslosen und zusätzlich ca. zwei Millionen Unterbeschäftigten in Deutschland. Die erwerbsfähigen Flüchtlinge von außerhalb Europas vergrößern dieses Überangebot natürlich. Dadurch wird die Arbeitslosigkeit steigen. So ist die Gefahr real, dass für alle Arbeitslosen oder Unterbeschäftigten sich ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verschlechtern. Die Behauptung nämlich, dass es für jeden einen Arbeitsplatz gä-

Integration durch Arbeit

5 be²⁶, stimmt so nicht. Es gibt eben auch viele Langzeitarbeitslose.
Und die gesuchten und angebotenen Qualifikationen passen häufig
nicht zusammen. Deswegen würde nicht einmal ein zahlenmäßig
möglicherweise ausbalancierter Arbeitsmarkt eine solche Schluss-
folgerung rechtfertigen. Aber selbst diesen zahlenmäßig ausgegli-
10 chenen Arbeitsmarkt gibt es nicht einmal in Deutschland, von wo ja
auch noch Arbeitslosigkeit massiv exportiert wird, umso weniger in
dem Arbeitsbinnenmarkt Europa. Gerade von den Globalisierungs-
verlierern werden diese Neuankömmlinge schon als Konkurrenz
empfunden. Und es wird problematisch, wenn die alteingesessenen
15 Globalisierungsverlierern merken, dass den Neuankömmlingen be-
sondere Förderungen zuteilwerden. Dies würde nicht die Integrati-
on fördern, sonder eher die Desintegration.

Zur Integration auf dem Arbeitsmarkt gehört auch die Anerkennung
von Ausbildungsabschlüssen im Ausland. Dies ist in Deutschland
20 eine schrecklich komplizierte Bürokratie – auch wegen der Kultur-
hoheit der 16 Bundesländer. Deswegen sollt dafür eine Bundesstel-
le unter der Hoheit der Kulturministerkonferenz der Länder ge-
schaffen werden. Es gäbe dann nur noch ein Verfahren, dass dann
für alle Bundesländer die Anerkennung aussprechen kann.

25 **Ausbildung**

Unter den Flüchtlingen sind viele junge Leute. Die wollen und müs-
sen auch einen Beruf lernen oder studieren, damit sie, wo auch
immer, den Lebensunterhalt für sich und ihren Familien erwirtschaf-
ten können. Es wäre aber eher Zufall, wenn die Lehrstellenangebo-
30 te vor Ort gerade von jungen Flüchtlingen angenommen werden
könnten und wollten. Sie werden schließlich in Familienverbänden
nach ganz anderen Kriterien in Deutschland verteilt, als ausge-
rechnet nach dem passenden Lehrstellenplatz für ein Familienmit-
glied. Deswegen darf man nicht auf das Duale System so fixiert
35 sein, dass Ausbildung entfällt, wenn es vor Ort keine Lehrstellen
gibt. Es muss für diejenigen, die keinen Ausbildungsplatz im dualen
System ergattern, eine überbetriebliche Ausbildung geben. Das gilt
natürlich auch für die ansässigen Inländer. Bildung gehört eben
auch zu den Grundrechten der freien Entfaltung der Persönlichkeit.
40 Auch dafür müssen erhebliche Anstrengung unternommen werden,
auch über die Deutschkurse hinaus.

**Integration durch Aus-
bildung**

Willkommenskultur

In Deutschland wurden viele Züge mit Flüchtlingen auf Bahnhöfen
medienwirksam von Bürgern begrüßt. Es haben sich viele Bürger-
45 initiativen gebildet, die Flüchtlingen kurz- und mittelfristig helfen.
Den Kampf der Bilder in den Medien scheinen zunächst diese Bür-
gerinitiativen gegen die Bilder der angesteckten Überganswohn-
heime gewonnen zu haben. Dies wird unter dem neuen Begriff
„Willkommenskultur“ weit verbreitet positiv hervorgehoben²⁷. Leider
50 ist auch die Willkommenskultur damals nach dem Fall des Eisernen
Vorhangs gegenüber den Einwandernden aus dem Osten schnell
verflogen und in eine Gehässigkeit umgeschlagen. Und die Absah-
ner dieser Entwicklung werden wahrscheinlich auch dafür sorgen,
dass unschöne Verhältnisse die mediale Oberhand wieder gewin-

**Willkommenskultur an-
haltend, gefährdet?**

²⁶ Kommentar von Peter Hanuschke im Weser Kurier am „Fakt ist: Es gibt genügend Arbeitsplätze – für alle“ am 5.9.2015
²⁷ Im Nachrichtenmagazin Der Spiegel 38/2015 vom 12.9.2015 ist ein Essay von Harald Welzer auf den Seiten 128f auf
dieser Grundlage abgedruckt mit dem Titel „Deutschland, ein Sehnsuchtsland“

5 nen²⁸. Vielleicht behalten die Bürgerinitiativen und die demokrati-
sche Kontrolle diesmal in der Realität ja die Oberhand. Dafür muss
aber auch von staatlichen Stellen mehr als bei bisherigen Einwän-
derungswellen von vorneherein die Integration befördert – und
gleichzeitig darauf geachtet werden, dass die Armen der einheimi-
10 schen Bevölkerung nicht benachteiligt werden.

²⁸ Auch in Bremen hört man die Nachtigall schon trapsen: SPD Fraktionsvorsitzender Tschöpe fordert im Weser Kurier am 16.9.2015 in einem Interview mit dem Hinweis auf das Problem, Flüchtlinge unterzubringen, ganz schnell Flächen für den Wohnungsneubau auszuweisen. Da man weiß, wie durch Umwandlung von Ackerland in Bauland durch politischen Beschluss riesige Werte entstehen, kann sich vorstellen, was da schonwieder um die entsprechenden Eigentumsrechte gerungen wird und sich die Absahner in Position bringen.